

EINGEGANGEN 2 9. Nov. 1999

6d E Vr 6823/99

Hv 4148/99

Das Landesgericht für Strafsachen Wien hat über Antrag der JEHOVAS ZEUGEN, staatlich eingetragene religiöse Bekenntnisgemeinschaft, vertreten durch den Geschäftsführer Johann RENOLDNER, Gallgasse 42-44, 1134 Wien, vertreten durch RA Dr. Erich Peter PIUK, 9020 Klagenfurt, im Sinne des § 4 in Verbindung mit § 1a des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes (BGBl 48/1945) nach Anhörung der Staatsanwaltschaft Wien in nichtöffentlicher Sitzung den

B e s c h l u ß

gefaßt:

Gemäß § 4 in Verbindung mit § 1a des Gesetzes vom 03.07.1945 über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren, BGBl 48/1945, wird festgestellt, daß die mit Urteil des nationalsozialistischen Oberkreisgerichtes in Berlin am 10.11.1939 ausgesprochene Verurteilung des Franz MATTISCHEK, geboren am 25.03.1915, hingerichtet am 01.12.1939, wegen des Tatbestandes der Zersetzung der Wehrkraft im Sinne des § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung

als nicht erfolgt gilt.

B e g r ü n d u n g :

Franz MATTISCHEK, geboren am 23.05.1915 in Wolfsegg/OÖ, war Mitglied der religiösen Bekenntnisgemeinschaft der ZEUGEN JEHOVAS. Er wurde 1938 zum Militär einberufen. Als er sich weigerte den Fahneneid zu leisten, wurde er vom Kasernenplatz weg ins Gefängnis gebracht. Von dort wurde er in die Festung Germersheim am Rhein gebracht, wo er etwa ein Jahr lang verblieb. Nach seiner Entlassung wurde er im Herbst 1939 erneut zum Militär einberufen und verweigerte wiederum den militärischen Eid auf Adolf HITLER. Franz MATTISCHEK wurde daraufhin zuerst nach Wien, wo er ca zwei Wochen verblieb, und Anfang November 1939 nach Berlin-Alt Moabit gebracht. Franz MATTISCHEK wurde daraufhin vom Oberreichskriegsgericht in Berlin am 10.11.1939 wegen Zersetzung der Wehrkraft im Sinne § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am

21.11.1939 bestätigt. Am 22.11.1939 wurde er nach Berlin-Flötzensee überstellt und am 01.12.1939 mit dem Fallbeil hingerichtet.

Da die Verurteilung des Franz MATTISCHEK nach der Bestimmung des § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung erfolgte, ist das Gesetz vom 03.07.1945 über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren anzuwenden und war daher spruchgemäß zu entscheiden. Die Zuständigkeit des Landesgerichtes für Strafsachen beruht auf § 4 Abs 2 leg.cit.

Landesgericht für Strafsachen Wien
1082 Wien, Landesgerichtsstraße 11
Abteilung 6d, am

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive letter 'f' with a long vertical stroke extending upwards and a loop at the bottom.